

AMNESTY INTERNATIONAL

Pressemitteilung

AI Index: ASA 35/007/2006 (Public)
25 July 2006

Übersetzt von der Philippinen-Koordinationsgruppe von amnesty international Deutschland. Verbindlich ist die englische Fassung.

Philippinen: Regierung muss weitere politische Morde verhindern

Die Regierung muss entschiedene Maßnahmen ergreifen, um politische Morde zu verhindern und sie muss mehr für den Zeugenschutz tun, sagte amnesty international angesichts der Erklärung von Präsidentin Arroyo zur Lage der Nation.

„Es ist ermutigend, dass Präsidentin Arroyo die Morde an Aktivisten in ihrer Rede an die Nation verurteilt hat, aber sie muss jetzt zeigen, dass sie es ernst meint, indem sie konkrete Maßnahmen verwirklicht, um den Tod weiterer Aktivisten zu verhindern,“ sagte Tim Parritt, stellvertretender Direktor des Asien-Pazifik-Programms von amnesty international.

„Die Regierung ist in der Pflicht, jede Person in den Philippinen zu schützen, unabhängig von seiner politischen Überzeugung, auch wenn Sicherheitskräfte an den Angriffen beteiligt sind.“

In ihrer Rede forderte Präsidentin Arroyo die Zeugen von Morden auf sich zu offenbaren.

„Viele Zeugen politischer Morde – auch nahe Verwandte der Opfer – sind einfach zu eingeschüchtert, um sich zu offenbaren. Wenn die Regierung Zeugen braucht, muss sie den Gesetzen zum Zeugenschutz Geltung verschaffen,“ sagte Tim Parritt.

Morddrohungen, andere Zeugeneinschüchterungen und Angst vor Repressionen sind die größeren Probleme beim wiederholten Versagen der Polizei und der Staatsanwaltschaft, Anklage zu erheben oder bei Gerichtsverfahren, bei denen es nicht gelingt, Schuldige zu verurteilen. Diese Hemmnisse machen es den Familien der Opfer extrem schwer zu erkennen, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird.

Angriffe auf Opfer führen kaum zur Inhaftierung, Anklageerhebung oder Bestrafung der Verantwortlichen. Untersuchungen entsprechen häufig nicht internationalen Standards, die eine Unabhängigkeit der Ermittler von den mutmaßlich Verantwortlichen erfordern sowie eine Qualifikation der Ermittler und ausreichende Ressourcen.

Irma „Kathy“ Alcantara wurde am 5. Dezember 2005 in der Nähe eines Hotels erschossen, wo sie an einer Konferenz von Fischern und Bauern teilnahm. Die 44 Jahre alte Regionalkoordinatorin einer linken politischen Allianz hatte Morddrohungen erhalten und wurde mutmaßlich von Mitgliedern der Sicherheitskräfte überwacht. Zeugen sagten aus, zwei Männer auf Motorrädern hätten auf sie geschossen. Die Untersuchungen scheinen zum Stillstand gekommen zu sein, und ihre Familie wartet jetzt auf Gerechtigkeit.

Politische Entwicklungen im Jahr 2006 haben jetzt eine Plattform für noch mehr politische Morde gebildet. Seitdem Präsidentin Arroyo im Februar einen einwöchigen Ausnahmezustand erklärte, ist der Friedensprozess zwischen Regierung und Kommunisten durch die Ausrufung des totalen Krieges gegen die bewaffneten kommunistischen Gruppen vollends zum Erliegen gekommen. Präventive Maßnahmen sind dringend erforderlich, um die weitere Beschleunigung des Todeskarussells zu stoppen.

Amnesty international wird bald einen Bericht veröffentlichen und eine internationale Kampagne gegen die politischen Morde auf den Philippinen starten.

Hintergrund

Mehr Information in der öffentlichen Erklärung von ai vom 8. März 2006:

<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGASA350022006>

Weitere Information: Amnesty International's press office in London, UK, on +44 20 7413 5566

Amnesty International, 1 Easton St., London WC1X 0DW. web: <http://www.amnesty.org>

Oder auch auf der website der Philippinenkoordinationsgruppe von amnesty international Deutschland:

<http://www.amnesty-philippinen.de>